

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilung mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Gedrucktensalbe monatlich 4 Mk., durch vorherige Zahlung in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 5.50 Mk., mit Zustellungsbefehl. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unsere Anzeigen- und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interessanter 1. Nr. für die 6spaltige Anzeigenzeile oder deren Raum, Lotpreis 90 Pfg., Restsumme 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechend Preisnachlass. Anzeigen im amtlichen Teil nur von Behörden die Tagesblätter. Anzeigen 3. Nr. Anzeigen-Blätter 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormitags 10 Uhr. Für die Nachzahlung der durch Fernruf übermittelten Beiträge übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigenbruch erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß über der Anzeigengeber in Kost und Lohn.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 4.

Donnerstag den 6. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Donnerstag 9—12 Uhr, 1—3 Uhr Freibank-Rindfleisch auf die Nr. 1961—2360, Preis das Pfund 8 Mark. Wilsdruff, am 5. Dezember 1921. 1447

Der Stadtrat.

bis zum 10. Januar 1921 zu erfolgen. Bei Nichterhaltung der Fristen ist Strafe zu gewärtigen.

Grumbach u. Kesselsdorf, am 5. Januar 1921. 1448

Die Gemeindevorstände.

Grumbach und Kesselsdorf.

Da in letzter Zeit wiederholt Versäumnisse festzustellen waren, wird in Erinnerung gebracht, daß die Wohnungsan-, um- und -abmeldungen innerhalb 3 Tagen vom Tage der Veränderung ab zu erfolgen haben. Die Anmeldung der steuerpflichtigen Hunde hat

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In einer ausführlichen Note wendet sich die Reichsregierung gegen die Ententeforderung auf Auslösung der Sicherheitspolizei.
- * Eine halbamtliche englische Auslassung stellt ausdrücklich fest, daß Deutschland seiner Verpflichtung in allen wesentlichen Punkten nachgekommen sei.
- * Dem Antrage der Rechtsunabhängigen auf frühere Einberufung des Reichstages hat der Reichstagspräsident nicht stattgegeben.
- * Da an der rumänischen Grenze sechs neue Rote Divisionen festgestellt wurden, hat der König von Rumänien zwei Jahrgänge unter die Bahnen berufen.
- * Nach den neuesten Feststellungen wurden bei den Kämpfen im Jahre 17 Tote und 120 Verwundete bei den regulären Truppen, 18 Tote und 15 Verwundete bei den übrigen gezählt.

Von außen und von innen.

Von einem preussischen mittelparteilichen Politiker wird uns geschrieben:
Alles scheint sich nach Ruhe, nicht nur in Deutschland, und doch geschieht wiederum alles, um nichts und niemand zur Ruhe kommen zu lassen. Die Entente machte, als die Einladungen zur Sachverständigenkonferenz nach Brüssel ergingen, kein Hehl daraus, daß ihr sehr viel daran liege, auch endlich mit Deutschland über die Höhe der Schadenersatzleistungen ins Reine zu kommen, und sie schlen polles Verständnis dafür zu besitzen, daß man uns endlich einermassen ungeduldet arbeiten lassen müsse, wenn man Geld und Warenlieferungen, zumal in den von den Franzosen erträumten Mengen, von uns sehen wolle. Aber gerade die Franzosen sind es, die sich in Aufstellungen gegen uns gar nicht genug tun können. Wie ein äänisches Weib sind sie hinter uns her, um in Polen von uns wegen jedes nicht abgeleiteten Geschwerts, wegen jedes noch nicht geschlossenen Botschaftsbüreaus zu lärmern und uns Verletzungen des Friedensvertrages vorzuwerfen. Kein Wort über die ungeheuren Leistungen auf allen Gebieten, die die deutsche Verwaltung in Erfüllung der in Versailles und in Boulogne und in Spa übernommenen Verpflichtungen zustande gebracht hat. Aber wo ein Polenknopf vermischt wird, da setzt es ein hysterisches Geschrei, als hände nicht Marischall Foch in Mainz und Köln, sondern Hindenburg immer noch in Straßburg und Metz. Man droht mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet, mit der stillen Verlängerung der Besetzung des Rheingebietes, man denunziert uns vor der ganzen Welt als Leute, die noch immer nicht gelernt hätten, Verträge zu halten. Und das in dem gleichen Augenblick, wo von der Gegenseite Vertragsbruch auf Vertragsbruch gehäuft wird, wo den Oberbefehlern z. B. die ihnen zustehende Einheitslichkeit des Wahlaktes bei der Abstimmung entzogen, wo ihnen eine Abstimmungsordnung aufgezwungen wird, die einfach in allen irgendwie maßgebenden Bestimmungen nach polnischem Diktat angefertigt ist. Vielleicht ist es das schlechte Gewissen über ihre eigenen Taten, die die Franzosen fortgesetzt über deutsche Vertragsverletzungen schreiben läßt; aber selbst, wenn die andern Alliierten ihnen darin nur zögernd und nur allenfalls bis zur halben Begreifde folgen, es wird doch immer wieder allenhalten der Eindruck erweckt, als wären die Deutschen diejenigen, die auf Schritt und Tritt es an sich fehlen ließen, daß die Welt nicht zur Ruhe kommt, und als täten die Franzosen ganz recht daran, ihnen ordentlich auf die Nase zu treten. Und darauf allein scheint es den Herren in Paris im Grunde nur anzukommen; um die unausbleiblichen Folgen eines solchen Treidens machen sie sich offenbar nicht die geringsten Kopfschmerzen.
Erinnert werden sie in dieser über Haltung durch die nicht genug zu bekagende Beobachtung, daß man auch in Deutschland selber sich nicht aufhört mit Dingen zu beschäftigen, die unsere Widerstandskraft gegen ebenso unbedeutende wie unwürdige Zumutungen von außen her lähmen und schwächen muß. Von der nationalen Geschlossenheit der Parteien, die uns so bitter nötig wäre, kann ja leider unter den gegebenen Verhältnissen keine Rede sein. Aber muß es denn z. B. wirklich sein, daß gerade jetzt ein von der Reichsregierung besonders eingeleiteter Ausschuss die Frage zur Entscheidung bringen will, ob Preußen aufgestellt werden soll? Kann, wenn diese Frage überhaupt gestellt werden muß im neuen Deutschland, damit nicht verlässens gewartet werden, bis unsere Drangsalierungen durch die Siegerstaaten etwas nachgelassen haben? Hat man kein Gefühl dafür,

wie die hier ganz offiziell angeschnittene Diskussion zugleich zahllosen Preußen ins Herz schneidet und ihnen die Gemüdhung an die neuen Zustände in der Heimat geradezu unmöglich macht? Und was soll man erst dazu sagen, daß in dem Ausschuss von zwölf Personen, der sich jetzt an diese Berührungsbearbeit herannähert, ganze drei Preußen im eigentlichen Sinne des Wortes zu finden sind, neben Bayern, Braunschweigern, Welfen und so weiter? Will die Hand, die so arbeitet, verjöhrend wirken, will sie aufbauen helfen, unsere Leistungsfähigkeit steigern, unser nationales Leid verringern? Ist noch nicht genug im deutschen Lande zerstückt worden, durch äußere und innere Kräfte, daß auch Preußen noch aufgestellt werden soll, das bisher unter größtes Kräftevermögen darstellte? Ist denn das Verhängnis unserer Selbsterlöschung gar nicht aufzuhalten, auch jetzt nicht, wo die Entente uns das letzte Stroh vom Halbe reißt, wo sie Oberbefehlern den Polen in die Hände spielen will? Wo sollten die flehigen, die ordnungliebenden Teile des Volkes noch den Mut zur Arbeit heben, wenn sie sehen, daß sogar von oben herab mit so schlechtem Beispiel vorgegangen wird?

Fragen, nichts als Fragen! Wenn doch endlich der Retter diesem Lande käme, der es vor völliger Selbstauslöschung zu bewahren verstände!

Deutschlands Vertragsstreue.

Englisch-französische Meinungsverschiedenheit.
Das Bureau Reuters veröffentlicht eine halbamtliche englische Auslassung über die Entwafrung Deutschlands. Es heißt darin, England sei der Ansicht, daß die deutschen Behörden sich seit der Konferenz von Spa ernsthaft um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen bemühen. Zwar sei eine gewisse Zahl von Waffen noch verborgen. Man müsse aber ausgehen, daß die deutschen Behörden Schwierigkeiten gegenüberstünden, für die man sie nicht verantwortlich machen könne.

Die Herausgabe der regulären deutschen Truppen auf 100 000 Mann, die bis zum 1. Januar hätte vollzogen sein müssen, habe sich auch in großen und ganzen vollzogen. Das seien aber Einzelfragen, welche die große Linie der vollzogenen Tatsachen nicht berühre. Jetzt sei eine Feststellung in dieser Hinsicht noch unmöglich, da keinerlei Nachrichten hierüber vorlägen. Deshalb könne man auch nicht eine endgültige Meinung über die Frage der Sicherheits- und Ortspolizei aussprechen. Die Einrichtung der Einwohnerwehren, der Organe und anderer Freiwilligen-Formationen, so fährt die Note fort, sind der einzige Gegenstand, über den eine leichte Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich besteht. Diese Meinungsverschiedenheit bezieht sich auf die Zellspanne, innerhalb deren die Verabschiedung dieser Formationen durchgeführt werden soll. Die bedeutendsten Stützpunkte der Freiwilligenverbände sind Ostpreußen und Bayern, wo die Kurat vor dem Volkswortismus deren Anwesenheit durchaus als berechtigt erscheinen läßt, so daß dort eine sofortige und vollständige Verabschiedung dieser Formationen nicht willkommen wäre. Nichtsdestoweniger glaubt man aber in England, daß die Stärke dieser Verbände größer sei, als es wirklich notwendig wäre.

Die Note Reuters schließt mit der Bemerkung, die für die Verabschiedung der Einwohnerwehren angusthenden Termine müßten den Gegenstand von Besprechungen mit den Franzosen bilden; das sei ein Grund, um die sofortige Zusammenberufung einer Konferenz der Ministerpräsidenten zu rechtfertigen. Die Besetzung des Ruhrgebietes soll nur im äußersten Notfall erfolgen, d. h. im Falle militärischer Operationen Deutschlands gegen Polen in Ostpreußen.

General Rollet und die Sipo.

Die Antwort der Reichsregierung.
Auf die Note der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 23. Dezember über die Auflösung der Sicherheitspolizei hat das Auswärtige Amt eine neue ausführliche Erwiderung überreichen lassen. Die neue deutsche Note stellt zunächst fest, daß die Kommission im Besitz der amtlichen Mitteilungen über die Auflösung der Sicherheitspolizei in allen deutschen Ländern sich befinde und daß in denjenigen deutschen Ländern, über die ihr bisher keine Mitteilung zugegangen war (Thüringen, Schaumburg-Lippe, Lippe-De-

moind, Waldeck und Pyrmont) keine Sicherheitspolizei bestanden habe. Über die Entstehung der letzten Ordnungspolizei macht die deutsche Note folgende Angaben:

In der Note vom 12. August 1920, Nr. 978, hatte die Kommission die Bedingungen, an die das Protokoll von Spa die Vernehmung der Ordnungspolizei auf 150 000 Mann knüpfte, näher erläutert. Um zu verhindern, daß die geplanten Maßnahmen später von der Kontrollkommission beanstandet werden könnten, haben mit dieser auf Anregung des Auswärtigen Amtes im September eingehende mündliche Erörterungen stattgefunden. In diesen anlässlich von Vertretern aller beteiligten Länder besuchten Besprechungen kam man überein, daß vorerst die für Preußen in Aussicht genommene Regelung erörtert und das Ergebnis der Verhandlungen sodann den anderen Ländern, unter Berücksichtigung der etwa dort bestehenden besonderen Verhältnisse als Anhalt für ihre Maßnahmen empfohlen werden sollte. Aber die für Preußen zu erlassende Verfügung wurde zwischen den deutschen Vertretern und den Bevollmächtigten der Kontrollkommission vollständige Einigung erzielt. Ihr Wortlaut ist in allen Einzelheiten gemeinsam festgelegt, auf Wunsch der Kommission sind noch in letzter Stunde verschiedene Änderungen vorgenommen worden. Um auf jeden Fall Schwierigkeiten zu vermeiden, ist vorerst auch noch der für Bayern aufgestellte Entwurf zur Kenntnis eines Vertreters der Kommission gebracht und von diesem auch gebilligt worden.

Die letzte uniformierte und bewaffnete Polizei ist hier noch nichts anderes, als die in der unklassierten Weise verführte Polizei des Jahres 1913, bei deren Organisation insofern Änderungen eingetreten seien, als sie die von den Alliierten Regierungen zugestandene Vernehmung und Bewachung mit sich gebracht hätten. Die Sicherheitspolizei trage die grüne Uniform noch, weil anderes Tuch aus finanziellen Gründen noch nicht angeschafft sei.

Dann wendet sich die Note gegen die Annahme der Kontrollkommission, daß die nicht uniformierte Polizei wesentlich verstärkt sei. Die Beamten der Kriminal- und Verwaltungspolizei gehörten geistlich nicht zur Sicherheitspolizei und seien daher in die Zahl der ausgebildeten 150 000 Mann nicht einzurechnen. Gegen diese Auffassung der deutschen Regierung sei bei den Verhandlungen auch kein Einwand erhoben worden. Deshalb gelte für sie Artikel 162 des Friedensvertrages, nach dem eine Vermehrung im Verhältnis der seit 1913 eingetretene Bevölkerungszunahme zulässig sei. Aber diese Grenze hinaus sei die nicht uniformierte Polizei nicht vermehrt worden.

Die deutsche Regierung hat sich, so schließt die Note, bei der Neuordnung des Volkseigentums auf das Loyale an die Bestimmungen des Friedensvertrages und der Noten vom 22. Juni und 12. August 1920 gehalten. Sie muß den Vorwurf der Vertragsverletzung in der bestimmtesten Form als unberechtigt zurückweisen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

- + Das neue Wuchergesetz, das der Reichstag am 17. Dezember angenommen, wird in den nächsten Tagen in Kraft treten. Die Behörden sind angewiesen, die neuen Bestimmungen rückwärtslos zur Anwendung zu bringen.
- + Ein Entwurf zur Entlastung der Gerichte ist dem Reichsrat als Königliches Vorbringen der Justizreformgesetze zugegangen. Der Entwurf will die Gerichte entlasten durch Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte und Übertragung gewisser richterlicher Geschäfte auf die Gerichtsschreiber. Die Amtsgerichte werden in Zukunft zuständig sein für die Entscheidung vermögensrechtlicher Ansprüche bis zu 3000 Mark und für alle Alimentationsansprüche. Dementsprechend wird auch die Zuständigkeit der Schöffengerichte bis zur Wertgrenze von 3000 Mark erhöht.
- + Ein Optionsvertrag zwischen Deutschland und Danzig ist dem Reichstage zugegangen. Bekanntlich sind alle Danziger zwangsweise zu Bürgern des Freistaates gemacht worden, sie haben aber das Recht bis zum 10. Januar 1922 für Deutschland zu optieren, müssen absonnen aber binnen Jahresfrist ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen.
- + Keine frühere Einberufung des Reichstags. Wie verlautet, wird der Reichstagspräsident Loebe dem Ersuchen der Rechtsunabhängigen auf sofortige Einberufung des Reichstags keine Folge geben, da dringende Gründe für einen sofortigen Reichstagszusammentritt nicht vorliegen. Es bleibt beim Zusammentritt am 10. Januar.
- + Der Reichstag und das Volk. Abgeordnete der verschiedenen Parteien haben im Reichstage beantragt, die der Bierindustrie zugebachten 482 000 Tonnen Beste (dies sind 60 % des zur Verfügung stehenden Verwehorrats) ab-